Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213 — 1920 Nr. 275

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zweimalig postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 30. Juni

Anzeigenpreis: Die 6spalt. 54 mm breite mm-Grundzeile 80 ₰. Die 3spalt. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3.00 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Ausdehnung des pommerschen Landstreiks

Die ländliche Ablieferung behördlich erschwert

b. Stettin, 28. Juni.

Der Nachrichtendienst des pommerschen Landbundes teilt mit: Nachdem im östlichen Hinterpommern in den Kreisen Lauenburg, Schlawe und Stolp die Arbeit restlos wieder aufgenommen ist, wird im Kreise Rummelsburg und Bütow immer noch gestreikt. In Rummelsburg wurde an zwei Stellen die technische Nothilfe eingesetzt. Die Streikbewegung scheint sich auch auf die übrigen pommerschen Kreise, zunächst bis an die Oder, auszudehnen. Am Sonnabend scheiterten in Bublitz Verhandlungen, weil der Landarbeiterverband die Arbeitnehmergruppe des pommerschen Landbundes nicht anerkennen wollte. Auf dem Marktplatz Bublitz forderte abends ein kommunistischer Anschauungen vertretender Mann, der Mehrheitssozialist Herper aus Stettin, die Arbeiter auf, die Bourgeoisie zum Teufel zu jagen. Im Kreise Belgard streikten seit heute früh die Arbeiter zunächst auf zwei Gütern. Im Kreise Usedom-Wollin baten die Arbeitgeber eine zwölfprozentige Erhöhung auf den vorjährigen Tarif an, die Arbeitnehmer verlangen jedoch eine 18prozentige Lohnerhöhung. Der Eindruck verstärkte sich immer mehr, daß es sich um eine systematische Kraftprobe des Landarbeiterverbandes handelt als Vorbote weiterer Ereignisse. Versuche des hiesigen Oberpräsidiums und Polizeipräsidiums, ihr Verhalten zu rechtfertigen, finden keinerlei Anklang, weil die Tatsachen mehr als ausreichend Beweise für die schlaffe Haltung der Behörden liefern. Die gesamte Landwirtschaft Pommerns kann infolgedessen durch das Vorgehen der Behörden gegen die ordnungsliebenden Elemente gezwungen werden, zu schärfsten, ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu greifen, da es der überwiegenden Mehrzahl der Besitzer in der Praxis unmöglich gemacht wird, ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen.

Uebereinstimmende Nachrichten über die am Sonntag überall in Hinterpommern abgehaltenen Versammlungen der gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsräte besagen, daß dort allgemein zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde. Das geschah mit der Begründung, es käme darauf an, daß gerade jetzt alles so liefe, als ob gar nichts im Gange wäre. In den Betriebsräteversammlungen am kommenden Sonntag würden dann weitere Instruktionen gegeben werden. Inzwischen sei man daran, aus geeigneten landwirtschaftlichen Arbeitern eine Art junge Garde zu bilden, über deren künftige Aufgaben gegenüber den Gutsbesitzern den Versammelten wohl weiter nichts gesagt zu werden brauche.

Bolschewistisch-unabhängige Treibereien zu Unruhen

Das Treiben des russischen Gesandten in Berlin, Herrn Kopp, wird immer staatsgefährdender. Seit Monaten verhandelt die deutsche Regierung durch das Heeresabwicklungshauptamt mit diesem in der bolschewistischen Propaganda äußerst tätigen Mann über Fragen des Gefangenenaustausches, obgleich die Regierung zu Beginn dieses Jahres das internationale Rote Kreuz in seiner Eigenschaft als unpolitische Organisation mit Erledigung dieser Gefangenenangelegenheiten beauftragt hatte. In dem von Herrn Kopp in der Potsdamer Straße 75 unterhaltenen sogenannten „Kriegsgefangenenbüro" gehen täglich Gefangene aus und ein. Herr Kopp beruft nach eigenem Ermessen Delegiertenkongresse aller Gefangenenlager nach Berlin ein, und das Heeresabwicklungshauptamt tut alles, was Herr Kopp befiehlt. Seit Kopp in Berlin weilt, macht sich unter den russischen Gefangenen in Deutschland eine ziemliche Unruhe bemerkbar. In den Lagern bilden sich sogenannte geheime Sowjetkomitees, die im Verborgenen im Sinne des Herrn Kopp agitatorisch wirken und besonders bestrebt sind, die russischen Gefangenen in Deutschland gegen die verhaßte Bourgeoisie aufzuwiegeln.

Es wäre dringend notwendig, daß die Regierung endlich eingreift, damit nicht eines Tages die noch in Deutschland befindlichen 200 000 Russen unter Führung des Herrn Kopp versuchen, mit den deutschen Bolschewisten gemeinsame Sache zu machen. Es muß äußerst beschwerend wirken, wenn russische Gefangene in Deutschland sich erlauben, kommunistische Umzüge mit roten Fahnen zu veranstalten, wie dies am 1. Mai im Lager zu Gardelegen und vor einigen Tagen im Lager Quedlinburg der Fall war. Leider sind die Lagerdirektionen machtlos, weil Kopps Tätigkeit regierungsseitig bisher gefördert wurde.

*

Die Nachrichten über den geplanten Generalstreik für die nächste Zeit mehren sich. Welcher Art die Vorbereitungen sind, die die U. S. P. D. getroffen hat, zeigen die Richtlinien für den Generalstreik. Darin heißt es:

Die Technische Nothilfe muß unter allen Umständen bekämpft werden. Derselben ist die ganze Entbehrlichkeit ihrer Handlungsweise klarzulegen. Diesen Mitgliedern muß mitgeteilt werden, daß sie nichts anderes seien als Streikbrecher.

Es ist Aufgabe der Kreis-, Bezirks- und Gemeindeleitungen, die Technische Nothilfe bei allen sich bietenden Gelegenheiten zu sabotieren.

Durch bloßes Verlassen der Arbeitsstätten während des Generalstreiks ist noch nicht gedient, es muß auch dafür gesorgt werden, daß in den Betrieben tatsächlich nicht gearbeitet wird.

Bei verschärftem Generalstreik, also unter Einschluß der lebenswichtigen Betriebe, ist ein besonderes Augenmerk auf die Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserwerke zu richten. In den Elektrizitätswerken müssen die Kuppelungen, Maschinenteile usw. herausgenommen werden; in den Eisenbahnwerkstätten sind die Drehscheiben einzulassen. Die Zeile sind nicht kaputt zu machen, sondern zu vergraben, damit sie bei Erlangung der Macht des Proletariats gleich wieder eingesetzt werden können und der Betrieb aufgenommen werden kann. Bei Maschinen sind die Kreuzbolzen herauszunehmen.

*

Alle diese Nachrichten lassen erkennen, daß die linksradikalen Kreise vor neuen Aktionen stehen, und daß in kurzer Zeit mit einem Aufstand oder in abgeschwächter Form mit einem Generalstreik gerechnet werden muß. Die alte Regierung hatte in den Märztagen ja ein so glänzendes Beispiel dafür geliefert, wie man von Staats wegen aus das Volk in einen Generalstreik einexerziert, daß man sich jetzt nicht wundern kann, wenn die Bevölkerung glaubt, nunmehr auch ohne regierungsseitige Anweisung die in ihre Hände gedrückte Waffe des Generalstreiks von selbst gebrauchen zu können. Heute wird im Reichstag eine deutschnationale Interpellation über die Generalstreikaktionen zur Erörterung stehen.

Zwischendurch gehen die Treibereien der Unabhängigen wegen der Lebensmittelpreise, und an allen Ecken Deutschlands kommt es — so auch gestern morgen in Berlin bei der Zentralmarkthalle — zu Ausschreitungen. Hier liegt selbstverständlich Methode zugrunde. Die Unabhängigen haben zugleich, um nach außen hin dem Reichstage her noch schärfer wirken zu können, ihrerseits eine Interpellation eingebracht mit der Anfrage, was der Reichskanzler zu tun gedenke, um eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise zu verhindern, und was er zu tun gedenke gegen diejenigen Landwirte, die in offener Verhöhnung behördlicher Anordnungen sich der Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse entziehen und damit die Ernährung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung aufs schwerste gefährden". Berücksichtigt man zu gleicher Zeit die Landarbeiterstreiks und das Treiben des Landarbeiterverbandes, gegen das die bisherige Regierung nichts unternommen hat, so gewinnt man ein klares Bild dessen, was von radikaler Seite beabsichtigt ist:

auf der einen Seite sabotiert man auf den Gütern die landwirtschaftliche Produktion durch Streiks

und in den Städten hetzt man gegen die Landwirte und gegen die Landwirtschaft, weil sie ihrer Pflicht angeblich nicht nachkomme. So wird in Stadt und Land eine Krisis heraufbeschworen, die naturgemäß zur schnellen Entwicklung hinterfreien muß.

Es ist klar: die radikalen Kreise suchen nach einem Vorwand, um den Generalstreik beginnen zu können, und sie spitzen sich wohl auch darauf, daß die neue Regierung zu schwach sei, um gegen links irgend etwas unternehmen zu können. Man ist anscheinend der Auffassung, daß, sobald die Unabhängigen losgeschlagen haben, die Mehrheitssozialisten aus parteipolitischer Taktik im Interesse ihrer Partei nachfolgen werden, so daß sie die neue Regierung ohne die von ihr gewünschte und erhoffte Unterstützung der Mehrheitssozialdemokratie bleibt. In der dann einsetzenden Verwirrung glaubt man, die Regierung zugunsten einer bolschewistischen Republik stürzen zu können. Die Machenschaften des Herrn Kopp im Einvernehmen mit der U. S. P. sind ein ernstes Warnungszeichen.

Wer die Ententenoten über die Abrüstung im Wortlaut gelesen hat, erkennt auch hier die engen Zusammenhänge, die zwischen der russisch-bolschewistischen, unabhängig-sozialistischen Agitation in Deutschland und der Entente bestehen. Die Noten bedeuten die Auslieferung Deutschlands in die Hände des Bolschewismus, und die Frage erscheint angebracht, ob unsere Selbstüberzeugung so weit gehen kann, daß wir uns mit sehenden Augen absichtlich von unseren Feinden draußen und drinnen in den Abgrund sollen schleudern lassen.

Die Lebensmittelunruhen

w. Kurhessen, 29. Juni.

Am Abend kam es wieder zu Plünderungen, die Polizei war machtlos. Die zu Hilfe herbeigerufene Küstenwehr griff nicht ein. Heute forderte das Gewerkschaftskartell in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei und verbürgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordner.

w. Mainz, 29. Juni.

Der gestrige Tag ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für das Obst protestiert und einen Boykott und Lieferungsstreik angekündigt. Die Stadt Mainz hat anläßlich der Lebensmittelkrawalle an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, der weiteren Verteuerung der öffentlich verwalteten Lebensmittel Einhalt zu tun. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise und Abschaffung der Zuschläge auf manche Lebensmittel und Bedarfsartikel zu den tatsächlichsten Gestehungskosten verlangt.

w. Würzburg, 29. Juni.

Am Montag abend kam es hier zu schweren Lebensmittelunruhen. Die Reichswehr besetzte das Rathaus, und die Menschenmenge wurde aufgefordert, den Platz zu räumen. Als dies nicht geschah, wurde gefeuert. Es soll mehrere Tote und Verwundete gegeben haben. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Die Ausschreitungen dauerten heute an.

Staatsminister Dr. Hergt im Reichstag

Wir haben bereits gestern den kurzen telegraphischen Bericht über die Rede des Staatsministers Abg. Dr. Hergt veröffentlicht, kommen aber heute wegen der Wichtigkeit der Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zur politischen Lage noch einmal darauf zurück und bringen die Rede im Wortlaut:

Auf die Programmrede des Reichskanzlers Fehrenbach antwortete von deutschnationaler Seite der Abgeordnete Staatsminister Hergt, dessen Ausführungen inhaltlich wir schon mitteilten. Bei der Aktualität dieser Rede glaubten wir sie [illegible] Abg. Hergt [illegible]:

Aus Artikeln der Koalitionspresse der letzten Zeit klingt heraus, es sei eigentlich ein großes Unglück für das deutsche Volk, daß so viele Rechtsstimmen abgegeben worden seien, die Koalition habe doch eigentlich bewiesen, daß sie unentbehrlich sei, und darum folgt die Mahnung: Deutsches Volk, gehe in dich und mache bei den nächsten Wahlen wieder gut, was du diesmal verfehlt hast. Das heißt denn doch, die Dinge auf den Kopf stellen, und anfangs las man es auch in der Presse der Koalitionsparteien anders. Da war man noch übermütiger von dem

Ruck nach rechts

und man beschäftigte sich auch ernstlich mit dem Gedanken der Notwendigkeit einer Rechtsregierung. Aber dann kamen die Verhandlungen, und wie so oft, schlugen sie auch diesmal zum Unsegen des Vaterlandes aus. Schon die Tatsache, daß man drei Wochen lang verhandelte, wirkte wie ein kalter Wasserstrahl. Eine ausgeprägte Unlust, die Zügel der Regierung zu ergreifen, machte sich geltend. Noch schlimmer war die Art, wie man verhandelte und worüber man verhandelte. Das jetzige Programm der Regierung ist ja erst in den letzten Tagen zustande gekommen. Vorher lasen wir nur von den Bedingungen, die die Demokratische Partei stellte, von rein akademischen Fragen, von ganz entlegenen Sachen, die herangezogen wurden. Es macht mir den Eindruck, als ob die Demokratie ihre Bedingungen stellte, um in dem Theaterspiel die Rollen auszutauschen, um den Anschein zu erwecken, als ob sie nicht der unterlegene Teil, sondern in der Tat doch der obsiegende Teil gewesen sei. Einer nüchternen Betrachtung hält dieses ganze Gewebe von Irrtümern natürlich nicht stand. (Sehr richtig! rechts.) Wie war denn die politische Gliederung des Volkes? Wir brauchen nur zurückzugehen zum alten Reichstag, der doch auch aus gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlen hervorging. Damals hatte die Rechte etwa ein Drittel, die Mitte ein gutes Drittel und die Linke ebenfalls ein Drittel. Dieses Verhältnis verschob sich ganz natürlich nach dem Kriege und nach der Revolution. Aber wir wissen, daß nach Revolutionen immer wieder einmal ein Umschwung kommt. Und so ist es ganz natürlich, daß bei diesen Wahlen schon ein Zeichen zur Wiederherstellung des alten Bildes vorliegt. Das parlamentarische System in Deutschland hat nach dem Verhalten seiner Väter schon ziemlich bankerott gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Für diejenigen Parteien, die für ein parlamentarisches System eintreten, ergibt sich auch die Verpflichtung, daß sie unter allen Umständen für eine Mehrheit des Parlaments sorgen. (Sehr richtig! rechts.) Formell war es ja richtig, daß der frühere Reichskanzler Hermann Müller sich zunächst an die Unabhängigen wandte, materiell aber war es falsch. Immerhin war diese Extratour von großer Bedeutung. Wir wissen nun klipp und klar, welchen Standpunkt die Unabhängigen einnehmen. Sie bekämpfen jede formale Demokratie und jede Koalitionsbildung, sie erkennen also den Artikel 54 der Reichsverfassung nicht an. Sie fordern auch keine Sozialdemokratie an sich, sondern eine revolutionäre Sozialdemokratie, sie verlangen den proletarischen Klassenkampf und die Diktatur des Proletariats. Die unabhängige Partei hat sich damit außerhalb der Verfassung gestellt. (Lebhafte Zustimmung rechts; Unruhe der U. Soz.) Alle anderen Parteien haben immer und immer wieder ihre Verfassungstreue betont. (Zuruf links: Auch Sie?) Abg. Hergt (mit erhöhter Betonung): So lange ich Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei bin, können Sie versichert sein, daß diese Verfassungstreue aufrecht erhalten werden wird bis zum äußersten.

Nachdem die Absage der Unabhängigen erfolgt war, glaubten die Ideologen, die Mehrheitssozialisten würden nun unter Zurücksetzung ihrer parteipolitischen Ziele, nur geleitet vom Gedanken des nationalen Aufbaues, mit allen anderen Parteien zusammenzugehen suchen. Und ich stehe nicht an, daß das, wenn auch unter schweren Opfern, möglich gewesen wäre.

Aber die Ideologen haben unrecht behalten. Die Mehrheitssozialisten wollten nicht nur nicht mit uns zusammengehen, sondern auch nicht mit der Deutschen Volkspartei, ja nicht einmal mit der alten Koalition. Damit haben sie zum Ausdruck gebracht, daß sie jeder positiven Arbeit unfähig sind; sie haben das Vertrauen und den Glauben an sich selbst verloren. Angesichts dieser Tatsache gab es nun nach unserer Auffassung nur noch einen Weg:

Die Gesamtkoalition aller bürgerlichen Parteien

Diesen Weg hat man aber anscheinend gar nicht in den Kreis der Erwägungen gezogen. Gerade die Rücksicht auf Ordnung und Autorität wäre bei einer solchen Koalition am besten gedeckt gewesen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Man sagte dagegen: Man kann doch nicht gegen die sozialdemokratischen Arbeiter regieren! Aber es kam ja gar nicht darauf an, die Mehrheitssozialisten zurückzustoßen, sie haben sich ja selbst ausgeschaltet. Aus der Rede des Reichskanzlers klang ein gewisses Bedauern heraus: Warum habt Ihr uns das angetan? Vom Standpunkte einer bürgerlichen Koalition wäre das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006301-19/fragment/page=0001

Liebesmerben um die Mitarbeit der Sozialdemokratie unwürdig gewesen. Aber man wollte auch nicht mit uns zusammengehen. Man wollte uns ausschalten und an die Seite stellen. Darum hat man unser Programm gar nicht einmal erst angehört. Was die Ausführungen über den Klassenhaß betrifft, so gibt es einen Klassenhaß auch bei der Deutschnationalen Volkspartei nicht. Die Grundsätze des Parteiprogramms über die Wahrung des deutschen Volkstums lassen wir uns allerdings nicht nehmen. (Bravo! rechts. Zuruf: Das deutsche Volkstum wahren wir auch!) Die demokratische Volkspartei trägt die Verantwortung; sie hat nicht ernsthaft versucht, an die bürgerliche Gesamtkoal. an auch nur zu denken. Was das Zentrum betrifft, so hat uns Trimborn eine Unterredung gewährt, in der er uns den Gang der Verhandlungen auseinandersetzte.

Das Zentrum stand noch unter der Hypnose der alten Koalition und war geneigt, auch in Zukunft in dieser Koalition zu bleiben. Auch das Zentrum hat gegen die wichtigsten Grundsätze des parlamentarischen Systems gehandelt und hat ebenfalls die Verantwortung vor dem Lande zu tragen, daß es zu dieser Koalition gekommen ist. Mit der

Taktik der Deutschen Volkspartei

sind wir nicht ganz einverstanden. Dr. Heinze erhielt den Auftrag der Koalitionsbildung und trat mit den Mehrheitssozialisten in Verbindung. Nachdem das fehlschlug, hat er den Auftrag zurückgegeben. Ich möchte ohne weiteres annehmen, daß der Herr Vizekanzler der Ansicht ist, daß eine bürgerliche Gesamtkoalition vielleicht die erwünschte Lösung darstellte, wenn er gleichwohl in dieser Situation den Auftrag unerledigt zurückgab und weiterschob an das Zentrum, vielleicht weil er glaubte, daß dieser Auftrag zum Zwecke der Bildung einer bürgerlichen Gesamtkoalition bei Herrn Trimborn besser aufgehoben wäre. Wir sind da etwas anderer Meinung.

Ich habe schon hervorgehoben, wie die Wirkung in den ersten Tagen nach den Wahlen auf das gesamte Volk gewesen ist. Man hätte mit aller Energie auf diese Koalition einwirken sollen, damit der Gedanke der Gesamtkoalition nicht in den Hintergrund geschoben wurde. Der einzig richtige Weg wäre wohl der gewesen, daß man frisch und fröhlich die Sache angefaßt hätte, ein Regierungsprogramm zuzage gefördert und veröffentlicht hätte und vor dem ganzen Volke die Schicksalsfrage an die anderen Parteien gestellt hätte. So hätte es gemacht werden müssen. Indessen ist es anders gemacht worden. Scheidemann hat schon davon gesprochen, daß der Zeitpunkt kommen werde, wo man die Unentbehrlichkeit seiner Partei einsehen werde. Nun etwas zur heutigen Lösung selbst. Die jetzige Koalitionsregierung ist ein Verlegenheitsprodukt. Es ist eine zwar bürgerliche, aber, wie wir nach den ganzen Vorgängen befürchten müssen, mit einer starken Neigung nach links. Diese Orientierung muß zu den schwersten Befürchtungen Veranlassung geben. Sie werden es verstehen, daß wir nach den jetzigen Vorgängen dieser Koalition sehr kühl gegenüberstehen und uns abwartend verhalten. Wir wollen die Verantwortung dieser neuen Koalition nicht übernehmen. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, als ob wir an eine dauernde Regierungsfähigkeit, an dauernden Erfolg glauben. Andererseits verkennen wir nicht, daß regiert werden muß; die regierungslose, schreckliche Zeit muß ein Ende nehmen, zumal nach den alarmierenden Nachrichten aus dem Lande, und außerdem stehen wir vor Spa. Es ist unmöglich, daß derthin eine Regierung fuhr das Deutsche Reich geht, der von der Entente etwa nachgesagt werden könnte, daß sie auf schwachen Füßen stünde, also nicht genügend verhandlungsfähig wäre. Deshalb mußten wir uns fragen, ob wir mit äußerlich dazu beigetragen hätten, diese Koalitionsregierung in den Sattel zu setzen. Die Beantwortung dieser Frage hing natürlich vom Regierungsprogramm ab, das wir erst heute gehört haben. Im Regierungsprogramm steht natürlich die

Frage der Konferenz von Spa

durchaus im Vordergrunde. Es ist heute für die Vertreter der Parteien außerordentlich schwer, zur Frage der Konferenz von Spa irgendwie Stellung zu nehmen, zumal der genaue Wortlaut der Note der Gegner noch nicht veröffentlicht worden ist. Man hat zu lange mit der Veröffentlichung gezögert. Diese Geheimniskrämerei ist nicht angebracht. Man mußte uns die nötige Aufklärung geben, damit wir Stellung dazu nehmen konnten. Die Veröffentlichung der Note muß schleunigst erfolgen. Mit Entschiedenheit muß dagegen protestiert werden, daß man Deutschland wieder einmal eine böswillige Absicht bezüglich der Nichterfüllung von Friedensvertragsbestimmungen unterstellt. Es kann keine Rede davon sein, daß uns hier irgend eine Verschuldung trifft. An gutem Willen hat es bei uns an keiner Stelle gefehlt. Es gibt ein Recht des Notstandes. Dieses Recht muß auch von unseren Gegnern anerkannt werden; es dürfen nicht Bemerkungen an der Spitze solcher Noten stehen, die geeignet sind, das deutsche Volk in den Staub zu ziehen. Was die Verpflichtung zur Herabsetzung der Heeresstärke betrifft, so können wir dem Grundsatz der Herabsetzung auf das notwendige Maß voll und ganz zustimmen, doch dürfen die Formationen des lokalen Bürgerschutzes unter keinen Umständen aufgelöst werden. Wenn das verlangt würde, so müßte die Regierung dagegen Front machen. Die allgemeine Wehrpflicht ist abgeschafft. Wenn aber von den Gegnern verlangt werden sollte, daß wir sie durch ein besonderes Gesetz prinzipiell in alle Ewigkeit abschaffen sollen, so kann ich das nur als den Versuch einer Demütigung Deutschlands ansehen. (Sehr wahr! rechts.)

Unbedingt müssen wir im Lande Sicherheit haben, das Schlimmste unserer Volkswirtschaft ist die Unsicherheit. In Spa darf der Entente nichts zugesichert werden, was die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt, namentlich hinsichtlich der Zahlung in Gold. Wir dürfen nicht zu nachgiebig sein, wir dürfen es nicht wieder hören, daß man weniger gefordert hätte, hätte man bei uns ernsten Willen erkennen können. Gegebenenfalls darf man nicht davor zurückschrecken, die Forderungen der Entente abzulehnen. (Sehr wahr! rechts.) Was die Fragen der inneren Politik anbetrifft, so hätten wir gern etwas vom Reichskanzler über die Aufrechterhaltung der Autorität im Innern gehört. Eine Nebenregierung darf es bei uns nicht geben. Zur Finanzlage hätten wir gern gehört, daß man in Deutschland, in Staaten und Kommunen, zur sparsamsten Wirtschaft wieder übergehen wolle, namentlich auch zur Vereinfachung der Verwaltung, von der man bisher nichts gemerkt hat. Der Reichskanzler hätte sich äußern sollen über den Schutz von Leben und Eigentum und über eine in Zukunft wieder unangetastete unparteiische Rechtspflege. Die Entpolitisierung der Reichswehr und der Sicherheitsorgane ist unbedingt notwendig. Der Abbau der Zwangswirtschaft sollte nicht alsbald, sondern sofort erfolgen, namentlich für Kartoffeln und für die Viehwirtschaft. Dem Landarbeiterstreik muß wie jedem Terror entschieden entgegengetreten werden. Unsere Forderungen hinsichtlich der Arbeitslosenfürsorge gipfeln in der Forderung einer produktiven Arbeitslosenfürsorge. In der Rede des Reichskanzlers haben wir leider jedes Wort über eine sittliche und auch religiöse Wiedererneuerung des Volkes vermißt. Wir stehen durchaus zum Föderalistischen Prinzip. (Nana! bei den Demokraten. Unruhe.) Die Regierung darf den Weg nicht weiter beschreiten, der zur Absplitterung Süddeutschlands und zur Beseitigung Preußens führen muß. Wenn der Reichskanzler auf den Artikel 18 der Verfassung hingewiesen hat, so gibt uns das zu denken, dieser Artikel geht zu Lasten Preußens. (Abg-Ruf.) Gegen eine Beseitigung Preußens würden wir in schärfster Weise Front machen müssen. Wir werden kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen und auch nicht ein solches mitmachen, wenn es von anderer Seite beantragt würde. Ich spreche aber mit Herrn Scheidemann, wenn ich sage: Wenn die Regierung nicht nach den Grundsätzen verfahren sollte, die wir als Staatsnotwendigkeit bezeichnen, so ist es selbstverständlich, daß wir in Oppositionsstellung gehen. Wir lassen es uns nicht gefallen, daß die alte Mißwirtschaft so weiter geht. Einen gewissen Hoffnungsschimmer gibt uns die Zusammenstellung der Regierung doch. Mögen uns noch schwere Sorgen bevorstehen, trotz allem Unglück wollen wir doch nicht mutlos sein. Es wird uns gelingen, doch wieder eine Basis zu finden, auf der wir glücklicheren Zeiten entgegengehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

*

w. Berlin, 29. Juni.

Der Aeltestenrat des Reichstages bestimmte heute, daß den Vorsitz des 1. Ausschusses (Reichshaushalt) und des 5. Ausschusses (Volkswirtschaft) die Unabhängigen, des 6. Ausschusses (Soziales) das Zentrum, des 7. Ausschusses (Unterstützungsausschuß) die Demokraten, des 8. Ausschusses (Auswärtige Angelegenheiten) die Deutsche Volkspartei und des 10. Ausschusses (Ausführungen des Friedensvertrages) die Bayerische Volkspartei haben soll.

Nunzius Pacelli in Berlin

Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin traf gestern vormittag in einem Salonwagen des Münchener D-Zuges der päpstliche Nunzius Monsignore Pacelli ein. Zu Begrüßung des hohen kirchlichen Würdenträgers befand sich der stellvertretende Vittore Graf v. Preysing und der Benediktinerpater Wilbert aus Kloster Ettal.

Auf Wunsch des Monsignore Pacelli war von einem Empfang Abstand genommen worden. Der Nunzius fuhr sofort mit seiner Begleitung zur Fürstbischöflichen Delegatur, wo Herr Kuratus Rust in Vertretung des Prälaten die hohen Gäste empfing. Monsignore Pacelli begab sich hierauf nach dem St.-Hedwigs-Dom und zelebrierte aus Anlaß des Peter-Paul-Tages die heilige Messe. Später nahm der geistliche Würdenträger Wohnung im Hotel Continental und Graf v. Preysing stattete im Auftrage des Nunzius dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons einen Besuch ab. Das Beglaubigungsschreiben wird Monsignore Pacelli dem Reichspräsidenten Ebert persönlich überreichen. Der Nunzius wird vorerst nur einen etwa achttägigen Aufenthalt in Berlin nehmen und dann nach München zurückkehren. Die endgültige Uebersiedlung nach Berlin wird später erfolgen.

Die Mordaffäre Blau vor Gericht

(Montagsitzung. Forts.)

In der weiteren Verhandlung wird Frau Mathilde Baumeister aus München vernommen. Sie ist die Schwester der Quartierwirtin des flüchtigen Herrn; sie hat diesen beim Revolutionstribunal kennengelernt und ihn zu ihrer Schwester erst gebracht. Herm hat ihr einmal erzählt, daß er Blau als Spitzel entlarvt habe. — Vors.: Hat Ihnen Herm auch gesagt: er müsse Blau nach Berlin bringen, wo er erledigt werden würde. — Die Zeugin, die sehr ängstlich ist, verneint dies. Sie ist aber in München vom Untersuchungsrichter eidlich vernommen worden, und das ihr vorgehaltene Protokoll ergibt, daß sie bei dieser Vernehmung ganz bestimmt jene Aeußerung Herms mit der Wendung des „Erledigen" bekundet hat. Auf weiteren Vorhalt des Staatsanwaltes bestätigt sich die Aeußerung des Herm dahin: Herm habe Blau nach Magdeburg gebracht, dort ihn anderen Genossen übergeben, die ihn nach Berlin brachten, wo er dann zum Tode verurteilt worden sei. Die Zeugin bleibt unvereidigt.

Der Zeuge Georg Pohl, Mitglied der K. P. D., wird ausführlich über die Versammlung befragt, in der Blau als Spitzel entlarvt worden ist. Er bekundet: Als man im Anschluß an die Versammlung nach dem Kreuzberg gegangen war, wurde dort über Blaus Tätigkeit als Spitzel diskutiert. Blau habe diese Tätigkeit bestritten. Als dann die Nachricht kam, daß der Strolz nicht angetroffen sei, erklärte Blau: er möchte, da er von der Reise ermüdet sei, nicht auf der Straße bleiben, und fragte, ob man nicht ein Unterkommen für ihn habe. Dann hat sich der Zeuge, wie er sagt, aus Menschenfreundlichkeit bereit erklärt, ihm Nachtquartier in seiner Wohnung zu geben. Der Zeuge schildert die Vorgänge in der Wohnung in wesentlicher Uebereinstimmung mit der Darstellung des Angeklagten Hoppe. In der Großbeerenstraße auf der Brücke habe er Schröder getroffen, mit dem er auf- und abgegangen sei. Da sei ein Mann gekommen und habe gesagt: Blau sei erledigt. Bald darauf sei eine Gruppe herangekommen, die ein Bündel schleppte und ins Wasser warf. Der Zeuge hat in der Voruntersuchung den Mord in allen Einzelheiten geschildert, wie er ihm von den Beteiligten dargestellt worden sei; jetzt kann er sich aber alle Aussagen vom November u. J. nicht mehr besinnen. — Die Verhandlung wurde hierauf auf Dienstag 9½ Uhr vertagt.

Fünfter Tag.

Staatsanw.-Rat Dr. Ortmann: Es ist mir ein Schreiben des Zeugen Ottomar Toifel zugegangen, in welchem dieser erklärt, daß er vor Gericht erscheinen würde, aber um 1920 seitens der Schutz bitten müsse, da er fürchte, von kommunistischer Seite belästigt zu werden. Der Zeuge Toifel schreibt weiter, ich möchte dafür sorgen, daß in den Pressberichten erwähnt wird, daß ihm dieser Schutz gewährt wird. Ich richte deshalb an die Presse die Bitte, zum Ausdruck zu bringen, daß sich Toifel in dem Amtszimmer des Kriminalkommissars Trettin, Zimmer 62 a, im Polizeipräsidium, melden möchte, und zwar in den Vormittagsstunden. Von dort aus wird ihm jeder nötige Schutz gewährt werden. R.-A. Dr. Siegf. Weinberg: Von dem Herrn Staatsanwalt wird bekanntlich unter großer Mühewaltung und unter großen Kosten der Belastungszeuge Heinrich aus der Schweiz herbeigeholt. Wir erwarten, daß der Herr Staatsanwalt so loyal sein wird und auch den Entlastungszeugen Konstantin Heinrich, der sich in Moskau befindet, herbeischafft.

Staatsanw.-Rat Dr. Ortmann: Der Herr Verteidiger verdreht etwas die Tatsachen. Ich habe von vornherein erklärt, daß ich auf den Zeugen Schreiber keinerlei Gewicht lege. Die Herren Verteidiger werden es wohl nicht bestreiten, daß sie selbst es waren, welche erklärt haben, daß sie ohne den Zeugen Schreiber nicht verhandeln könnten und die das Herbeischaffen des Schreiber unter allen Umständen forderten. Daß Schreiber Reisegeld und eine angemessene Entschädigung mit Recht verlangt, wird wohl jeder zugeben, ebenso, daß er Schutz verlangt vor etwaigem Terror. Wenn der Zeuge Heinrich ebenso leicht zu erreichen wäre, so würde ich sofort sein Erscheinen veranlassen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen dürfte es jedoch schwer sein, einen in Moskau befindlichen Zeugen nach Berlin zu schaffen.

R.-A. Liebknecht: Wenn der Herr Staatsanwalt aus irgendeinem Fonds 4000 M. zur Verfügung hat, um den Zeugen Schreiber zu kaufen, so wird er auch Mittel und Wege finden, den Zeugen aus Moskau herbeizuschaffen.

Staatsanwalt Dr. Ortmann: Ich bitte das Gericht mich gegen eine derartige Unterstellung, daß ich Zeugen „kaufe", in Schutz zu nehmen.

Vorsitzender: Der Herr Verteidiger weiß doch wohl genau, daß dieser Vorwurf zu Unrecht erhoben ist, da das Gericht den Staatsanwalt erst ermächtigt hat, den Zeugen herbeizuschaffen.

(Nachdruck verboten.)

Die Kinderlosen

9] Roman von Marie Diers.

Dies war an einem Mittwoch gegen Abend. Am Donnerstag, ehe es noch ganz hell war, als noch der Bäckerjunge in der Stadt umherlief, klingelte es unten in der Töpferstraße bei Gallöpers. Der verschlafene Kutscher, der den Flur bohnert, macht auf. Da steht die Alte von der Windhöhe und will sofort zur Doktorfrau. Ein Dienstmädchen, das große Angst vor ihr hat und weiß, was sie hier im Hause gilt, führt sie stracks über die läuferbelegte Treppe ins mächtig große halbdunkle Schlafzimmer. Minnie rückt sich ganz entsetzt auf. Das Bett neben ihr ist glatt zugedeckt.

„Is Tien all up oder is he de Nacht gornich hier west?" forschte Matte.

Tien schliefe drüben im Gebelzimmer, sagte Minnie. Seit ein paar Nächten. Er schnarche so toll.

Das wäre ein Grund, sagte die Alte. Ihr Seliger habe auch geschnarcht. Das hielte eine anständige Frau aus. Und nun wolle sie um klaren Wein bitten. Wie das wäre, so und so, und ob man ihr neulich was vorgemacht habe oder nicht.

Minie war gerade elend genug. Die Sache fing an, sich zu einer Angst auszuwachsen. Vorgestern war Tien grob geworden, o ganz schrecklich, so wie noch nie. Da hatte sie sich auch widersetzt, alles ließ sie sich nun auch nicht mehr gefallen. Da hatte er sie angebrüllt, sie wäre gar keine Frau für ihn, hätte er lieber eine andere genommen. Da war ein entsetzlicher Zank im Gange gewesen. Dann hatte er selber sein Laken und seine Decke genommen und hatte sich ausquartiert. Und gestern kein Wort mit ihr gesprochen, und sie natürlich auch nicht mit ihm. Nun kam die Alte auch noch obenein.

Die war nicht blöde und setzte sich bei der Jungen auf die Bettkante. Herrlich wölbte sich der seidene Betthimmel über ihnen. Englein und Amoretten tanzten in seinem Bereche.

„Du hüttest Er nichts vorgemacht, sagte Minnie in einem Anfall von Trotz. Es sei jetzt noch nichts zu erwarten. Das tue aber auch gar nicht nötig, sie habe noch gar keine Lust, sich in alle die Leiden und Unannehmlichkeiten zu stürzen, die damit verbunden seien.

„So —" sagte Matte Gallöper und stand kurz auf. „So is dat. Na, de Sak möt ick mi mol ierst 'n bäten näger begutachten." Und sie ging ohne einen weiteren Zuck und Muck hinaus, die Treppe hinunter, durch den Flur und in das Zimmer hinein, auf dem mit künstlich verschlungenen und verzwickten Buchstaben „Wartezimmer" stand.

Es waren schon ein paar Leute darin und saßen mit ihren Armeleutskleidern in den Klubsesseln. Die machten Augen, als die alte Matte hereinkam, aber diese kehrte sich an nichts, schlorrte zu der Ofenbank aus grünen Kacheln und setzte sich darauf.

Eine gute halbe Stunde verging, und es war vollkommen hell geworden, als der Doktor die Tür zu seinem Sprechzimmer öffnete und sein wartendes Volk überschaute. Da sah er seine alte Mutter hocken und war wie vom Blitz getroffen. Stand wohl eine volle Minute und alles hielt den Atem an. Dann ging er auf sie los, faßte ihre Hand: „Mutter, was willst du denn hier?" wollte sie hochziehen, aber sie sah böse und eigensinnig aus, schüttelte den Kopf mit dem braunen Tuch darum und murrte: „Ick wier nich de Jerst. Uemmer in Reih un Ordnung allens. Ick kümm ook woll noch dran." Da sah er, daß nichts mit ihr zu machen war und ließ erst die Andern eintreten, war aber zerstreut und hastig, und das Herz schlug ihm bis zum Halse, so daß alle seine Aufregung merkten.

Als die Alte endlich bei ihm drin war, wickelte sie sich die Fransen ihres schwarzen Schultertuchs krampfig fest um die Finger, schärfte sich die Lippen mit den Zähnen und fragte ihn dann, wie das wäre mit seiner Frau. Und warum da nichts losginge.

Da saß er erst ein Weilchen still, hatte den rechten Arm aufgestützt und steckte den Mund in die Faust, wie ein Junge, der nicht sagen will, was man wissen möchte. Dann ließ er die Faust fallen und schlug damit auf den Tisch, und die alte Frau sah, daß er blaß war.

Das wäre also nichts damit, sagte er und warf ein paar lateinische Worte hinterher, als wolle er an seinem Aerger und seiner Not jemand Steine an den Kopf schmeißen, und wenn es die Mutter war.

Aber ihr sagten die lateinischen Worte alles besser und deutlicher, als deutsche es gekonnt hätten. Denn wenn die Doktoren lateinisch sprechen, dann ist es schon ganz bös. Ihr Gesicht wurde lang und aschgrau.

„Is sie krank?" fragte sie heiser.

„Krank nicht und gesund auch nicht," sagte Tien grob. „Und die lieben Eltern haben auch ihren Packen Schuld dabei. Das hat Geld im Sack, aber Grütze im Kopf hats nicht. Und du bist auch schuld," fuhr er plötzlich wild auf. „Du hast mir gesagt: nimm die und nimm die und 'ne andre nimm nicht!"

„Mak nich so'n Larm, die Lüd hüren di jo," sagte die Matte. Sie war ganz gegen ihre Gewohnheit aus der Fassung gebracht, ihre welken Lippen bebten und sie wickelte immer heftiger die Fransen um ihre Finger und wieder ab. „Wo künnt ick sowat woll vermauden! Dat vermaudt sich jo Keiner. Aewer villicht it dat ook allens nich so slimm. Je Doktors, ji sünd mennichmol 'n bäten hastig, vörut du, mien Jung."

„Ach wat," sagte Tien. „Ick arger mi bloß, dat Je mi so'n Wief ansmeert hebbt." Er sprang auf, rannte im Zimmer herum und stieß mit den Stühlen. „Dat is ne Pupp, ne Zierpupp is't un wieder nichts."

Die Alte machte ihm wieder Zeichen zu, er solle nicht so lärmen, wegen der Leute. Er wehrte unwirsch, die Leute könnten nichts hören. Es hing auch ein Friesvorhang vor der Tür.

Aber je wilder sich der Junge gebärdete, umso gelassener wurde die alte Mutter. Seine Ungebärdigkeit beruhigte sie. Ihr trockenes, altes Gesicht bekam einen Schein weicher Mütterlichkeit. Sie trabbelte sich auf, kam zu dem Jungen und legte ihm die Hand in den Arm.

„Dat lat man tim, mien Sohn," sagte sie. „Was man nicht so hastig. Dat findt sik jo allens. Blot 'n bäten Geduld möten wi hebben, und wenn't en Johr noch duert."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006301-19/fragment/page=0002

Der Streik in Potsdam

In der Nacht ist man nach langen, lebhaften Verhandlungen zu folgendem Beschlusse gekommen: Der Magistrat verpflichtet sich, mit allen Mitteln zu versuchen, daß der Berliner Tarif zur Annahme gelangt. Zu diesem Zwecke ist sofort eine Stadtverordnetenversammlung einberufen worden. Von ihrem Ergebnis hängt es ab, ob die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Arbeiter verpflichten sich, das von der Technischen Nothilfe wieder instand gesetzte Elektrizitätswerk auch weiter in Gang zu halten. Daraufhin ist mit Genehmigung des Regierungspräsidenten die Technische Nothilfe zurückgezogen worden. Trotzdem muß die Lage in Potsdam immer noch als sehr ernst angesehen werden. In der Bürgerschaft ist die allgemeine Stimmung für ein unbedingtes Festhalten an dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom letzten Freitag. Es wird auf die Haltung der Demokraten ankommen, wie die Entscheidung ausfällt. Trotz der Zusage der Vertreter der Arbeiterschaft, die lebensnichtigen Betriebe wieder freizugeben, ist außer einer ganz geringen Versorgung mit elektrischem Strom nichts getan worden. Der Strom reicht aber nicht einmal zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Straßenbahn aus. Im Stadtbad, in der Sparkasse und in den Lebensmittelbüros kann immer noch nicht von den Angestellten gearbeitet werden, weil sie trotz der Zusage der Arbeitervertreter von der Aufnahme ihrer Tätigkeit durch Streikposten abgehalten werden. Infolge der Einstellung der Tätigkeit der Lebensmittelbüros ist vor allem auch die Reisemöglichkeit zur Abstimmung nach Ostpreußen für die sich rüstenden Potsdamer unterbunden, denn es ist ihnen nicht möglich, in den Besitz ihrer Ausweise zu gelangen. Auf dem Standesamt herrschen ähnliche Zustände. Anmeldungen bei Todesfällen, Geburten sind einfach unmöglich. Alle Versuche des Magistrats, hier Abhilfe zu schaffen, sind gescheitert.

*

W. T. B. berichtet, daß über den Kreis Schleusingen (Provinz Sachsen), der Ausnahmezustand verhängt worden ist.

*

Die ausständigen Transportarbeiter in Eisenach haben in allen Betrieben am 29. Juni die Arbeit wieder aufgenommen.

Vorschüsse auf Offizierspensionen

Um zu vermeiden, daß bei den Massenverabschiedungen einzelner Offiziere, deren Pension mangels von Unterlagen bis zum Fälligkeitstermin noch nicht hat festgestellt werden können, diese die ihnen zustehenden Pensionsgebührnisse nicht rechtzeitig erhalten, hat das Heeres-Abwicklungsamt Preußen angeordnet, daß allen diesen Offizieren auf Antrag ein Vorschuß von ihrer letzten Abwicklungsstelle gezahlt wird. Alle Abwicklungsstellen sind infolgedessen ermächtigt, den am 30. März 1920 oder später infolge Heeresverminderung verabschiedeten Offizieren, deren gemäß § 2 des Offiziersentschädigungsgesetzes zustehende Pension mit dem 1. Juli 1920 oder später fällig wird, die aber bis zum 15. des vorhergehenden Monats noch keine Pensionsnachweisung erhalten haben, auf Antrag am Fälligkeitstage der Pension einen laufenden Vorschuß bis zur Höhe von Dreiviertel ihres zuletzt bezogenen Diensteinkommens zu zahlen. Daneben sind als Vorschuß auf die Teuerungsbezüge 50 Prozent der für aktive Offiziere zuständigen Beträge laufend zu zahlen. Die Offiziere, die am 1. Juli ihre Pension nicht erhalten sollten, wenden sich also an diejenigen Abwicklungsstelle des Truppenteils, welche zuletzt ihr Gehalt ausbezahlt, hat.

Ueber den Rücktritt des Direktors Plate

beim Abgeordnetenhause sind unrichtige Meldungen in die Presse gelangt. Des Rücktrittsgesuch ist bereits vor vier Wochen erfolgt. Es ist nicht die Folge einer Erkrankung, vielmehr hat Herr Direktor Plate es „infolge der Umgestaltung des Staatswesens" gestellt. Er ist ein überzeugter Anhänger der monarchistischen Staatsform. Zugleich aber ist von ihm bekannt, daß er mit dem Geiste durchaus nicht einverstanden ist, der durch die Staatsumwälzung herausgeführt worden ist, der immer mehr in der Verwaltung und unter den Beamten und Angestellten um sich greift, und den er, vom Standpunkt des Staats- und Gemeinwohls betrachtet, für verderblich hält. Plate gehört seiner Verwaltung 38 Jahre lang, davon 19 Jahre in leitender Stellung, an. Er nimmt als Zugehöriger der 18. Beamtengruppe und Leiter der gesamten inneren Verwaltung des Abgeordnetenhauses mit über 900 Beamten und Angestellten auf Grund des § 13 der Verordnung vom 26. Februar 1919 für sich in Anspruch, von dem den älteren Beamten dadurch gewährten Rücktrittsrechte infolge der Staatsumwälzung Gebrauch machen zu dürfen.

Der neue Reichsnotetat

für die Monate Juli bis Oktober, der dem Reichstage zuging, fordert außer den bereits angeforderten Summen noch Beträge von 819 250 000 Mark für dringende laufende Ausgaben, darunter 62 Millionen Mark für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, 6 200 000 Mark für Zwecke der sozialen Fürsorge für deutsche Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene im Auslande, 450 Millionen Mark zur Förderung der Neubautätigkeit durch Gewährung von Reichsdarlehen, 185 Millionen Mark zur Vermehrung der Wohngelegenheiten für Reichseisenbahnbedienstete, 40 Millionen Mark zur Erweiterung der Anlage und Betriebsmittel für die Reichseisenbahnen, 13 Millionen Mark als Reichsbeihilfe für die Quäker-Hilfsaktion, die Liebesgaben für rund 600 Millionen Mark bis Ende September verbellen wird, 5 Millionen Mark zur Bekämpfung der Kapitäts- und Steuerflucht, 10 Millionen Mark zur Errichtung von Wohnungen für Postbeamte, 2 500 000 Mark zur Errichtung einer Wohnkolonie für die Angestellten der Großfunkstelle Nauen. — Ferner ermächtigt der Notetat den Finanzminister, Kredite bis zu 14 400 Millionen Mark flüssig zu machen, darunter 6100 Millionen Mark zur Deckung der Fehlbeträge bei Reichspost und Reichseisenbahn, 5000 Millionen Mark für Zwecke des Wiederaufbaues und der fremden Besatzungsheere.

Das Kabinett befaßte sich in seiner heutigen Sitzung in der Hauptsache mit der weiteren vorläufigen Regelung des Reichshaushaltes für 1921. Es konnte sich den Gründen, die das frühere Kabinett zu seiner Zustimmung veranlaßt hatte, nicht verschließen und stimmte daher dem Entwurf zu.

Fehrenbach vor dem Reichsrat

Berlin, 29. Juni.

In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrates stellte sich der Reichskanzler Fehrenbach dem Reichsrat vor. Er führte dann u. a. aus: Er lege großen Wert auf ein Vertrauensverhältnis und ein gemeinsames Arbeiten zwischen Reichsrat und Reichsregierung. Die Interessen von Reich und Ländern seien ja doch in wesentlichen Punkten gemeinsam. Mit den schweren Nöten unserer jetzigen Zeit seien wir aufeinander angewiesen. „Wie ich mir im Sinne des Verhältnis zwischen Reich und Ländern denke, habe ich mir gestattet, gestern in meiner Rede zum Ausdruck zu bringen. Ich würde sehr erfreut sein, wenn ich Ihren eigenen Anschauungen in diesen Punkten näher gekommen bin."

Der Reichswirtschaftsrat

Heute nachmittag um 3 Uhr ist im Herrenhause der Reichswirtschaftsrat zusammen. Auf der Tagesordnung der Sitzung steht: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung, Beratung einer vorläufigen Geschäftsordnung und Wahl des Vorstandes.

Es werden zunächst zwei Ausschüsse gebildet werden, der sozialpolitische und der volkswirtschaftliche Ausschuß. Bekanntlich ist der Reichswirtschaftsrat sachlich zusammengesetzt. Es bestehen also verschiedene sachliche Delegationen. Ob sich einzelne dieser Gruppen nun zu Fraktionen zusammenschließen werden, ähnlich denen in den anderen Parlamenten, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Der neue Pressechef der Reichsregierung

Wie die Dena aus unterrichteter Quelle erfährt, wird zum Pressechef der Reichsregierung an Stelle des beurlaubten Ministerialdirektors Rauscher Herr Geheimrat Heilbronn ernannt werden, die bereits während des Krieges in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes gearbeitet hat.

Das verklausulierte Vertrauensvotum

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die Sozialdemokraten mit dem Reichskanzler Fehrenbach dahin geeinigt, daß ein Vertrauensvotum zwar nicht stattfinden wird, dafür aber eine Art Formel aufgestellt werden soll und zwar so, daß der Reichstag einen Beschluß annehmen wird, worin die Regierung ersucht wird, die Geschäfte in dem Sinne ihrer Erklärung weiter zu führen. Diesem Beschlußantrag werden auch die Sozialdemokraten beistimmen.

1500 Mark Monatsentschädigung für Abgeordnete

Der Reichsrat hat den Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages angenommen. Die monatliche Entschädigung ist auf 1500 Mk. bemessen.

*

Die üble Lage der Brotversorgung hat die Parteien des Mittelblocks veranlaßt, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen:

In weiten Teilen Deutschlands, insbesondere im rheinisch-westfälischen Industriegebiet macht die Brotversorgung große Schwierigkeiten. Die gelieferten Brotmengen bestehen zum überwiegenden Teil aus Ersatzstoffen, wie Bohnenmehl, Maismehl usw. Die Zustände dauern schon monatelang. Sie können in kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben. Welche Maßnahmen will die Regierung treffen, um die Brotversorgung zu bessern?

Die Unabhängigen vereiteln die Regierungsbildung in Gotha

—o— Gotha, 29. Juni.

In der auf heute zwecks Bildung der neuen Regierung anberaumten Sitzung der Landesversammlung brachten die Unabhängigen den Dringlichkeitsantrag ein, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Belagerungszustand über Gotha sofort aufzuheben und den Reichskommissar abzuberufen. Nachdem der einzige demokratische Abgeordnete den Sitzungssaal verlassen hatte, wurde die Dringlichkeit des Antrages mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Nach einer kurzen Unterbrechung gaben die Unabhängigen folgende Erklärung ab: „Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und durch die Einsetzung des Reichskommissars sind im Gebiet des Freistaates Gotha rechts- und verfassungswidrige Zustände eingetreten. Die Rechte der Landesversammlung sind verletzt worden. Die Schließung des früheren Landtages und die Neuwahlen für den jetzigen Landtag sind verfassungswidrig erfolgt. Die politische Freiheit der Beamten ist bedroht, die Pressefreiheit ist eingeschränkt usw. Die Fraktion der Unabhängigen sieht darin eine schwere Gefahr für die verfassungsmäßigen Rechte des Landes, sieht sich nicht imstande, sich an den parlamentarischen Arbeiten zu beteiligen und wird die parlamentarische Mitarbeit verweigern."

Darauf verließen die Unabhängigen den Saal und machten die Weiterverhandlung, vor allem die Regierungsbildung, unmöglich.

Der Kaiser in Holland steuerpflichtig

h. Haag, 28. Juni.

Aus Doorn wird gemeldet: Wie mitgeteilt wird, ist jetzt festgesetzt worden, daß der frühere deutsche Kaiser dem holländischen Staat gegenüber steuerpflichtig ist. Auf Grund dieser Entscheidung wird auch Gemeindesteuer von ihm erhoben werden.

Heimkehr deutscher Kriegsgefangener

w. Berlin, 29. Juni.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit:

Der Dampfer „Mount Vernon" liegt in Norfolk fest. Die auf dem Dampfer „Mount Vernon" befindlichen Kriegsgefangenen, und zwar 890 Deutsche, 169 Oesterreicher und 130 Ungarn, werden mit dem Dampfer „Antigone" etwa am 10. Juli in Hamburg eintreffen.

Grubenunglück in Schedewitz

Zwickau, 29. Juni.

Heute vormittag stürzte bei der Erzgebirgischen Steinkohlenbau-Gesellschaft in Schedewitz, die einen neuen Kühlturm aufführen läßt, plötzlich die innere Rüstung dieses Turmes zusammen und riß die daran beschäftigten Arbeiter mit in die Tiefe. Zwei von ihnen waren sofort tot, zwei andere wurden sehr schwer verletzt und vier leichter verletzt.

th. Die Wahl des Reichspräsidenten wird noch in dieser Woche terminsmäßig vom Reichstage festgelegt werden. Wie verlautet, soll der 10. Oktober für die Wahl in Aussicht genommen sein. Dem Reichstage geht demnächst eine Aufforderung des Reichskanzlers in dieser Angelegenheit zu.

th. Nachprüfung der Beamtenbesoldung. Alle Parteien der Landesversammlung haben den Antrag gestellt, den Ausschuß für Beamtenbesoldung mit der Nachprüfung des preußischen Beamtenbesoldungsgesetzes zu beauftragen.

th. Die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen, die sich noch in französischen Straflagern befinden und laut Friedensvertrag erst nach Verbüßung der Strafen heimgesandt werden, beträgt noch 488. Die meisten sind in Avignon. Die deutsche Regierung will in Spa Schritte zu ihren Gunsten unternehmen.

th. Ein Pensionserganzungsgesetz für die Altpensionäre der Reichsbeamten, das auch über die Gewährung von Kinder- und Teuerungszuschlägen für sämtliche Versorgungsberechtigte (also für Alt- und Neupensionäre) Bestimmung treffen und vom 1. April 1920 ab in Kraft treten soll, wird dem Reichstage demnächst zugehen. Um Härten für die Uebergangszeit zu vermeiden, wird das Reichsfinanzministerium den Altpensionären neben den ihnen gesetzlich zustehenden zahlbaren Pensionen und Gebührnissen bereits jetzt einen Betrag in Höhe der Hälfte dieser Bezüge gewähren. Diese Zuwendungen gelten als Vorschüsse bis zur Neuregelung der Pensionsverhältnisse.

Der Mann mit den drei Seelen. Dieser Tage traf in Prag der General Gracioni ein, der im Weltkrieg die tschechischen Legionäre in Italien kommandiert hatte. Auf die Begrüßungsansprache des bekannten Dichters und Generalstruppeninspekteurs Dr. Kodar erwiderte der General von Blättern zufolge, er sei noch geborener Italiener, dem Gefühl nach aber ein Tschechoslowake. Drei Seelen wohnten in seiner Brust: eine italienische, eine tschechische und eine slowakische!

Halle und Umgebung

Halle, 30. Juni.

Zum Vortrag Mumm

Als Gegengewicht gegen die internationale und revolutionäre Sozialdemokratie gründete der Hofprediger Adolf Stoecker 1878 die Christlich-soziale Partei. Ihre Abgeordneten waren im letzten Deutschen Reichstag Franz Behrens, Dr. Burckhardt und D. Reinhard Mumm. Sie ist eine der vier Parteien, die sich zur Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossen haben. Ihre Gedanken von der Durchdringung unseres politischen Lebens mit dem Sauerteige christlicher Nächstenliebe, von dem folgerichtigen Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Verfassung sind Eigentum der Deutschnationalen Volkspartei geworden. Ihre Führer gehören nun zu unsern Führern, sie werden mit ihrer Einsicht, ihrer Erfahrung und ihrem Rat immer in den ersten Reihen unserer Partei stehen. Ihr Einfluß auf die Industrie- und Landarbeiter ist nicht klein. Er wird es mit ermöglichen, die Stände und Berufsklassen Deutschlands allmählich zu versöhnen und zu gemeinsamer Arbeit für Volk und Vaterland zu vereinen.

Ihr gegenwärtiger Führer ist Reinhard Mumm. Seinem Einflusse und seinen Bemühungen ist es zu danken, daß die Trennung von Kirche und Staat in einer auch für die kirchlichen Kreise erträglichen Form geschah. Er trat unerschrocken für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule ein, und trat während der Reichsschulkonferenz in deutschnationalem Sinne auf.

Eine ausgereifte, abgeklärte Persönlichkeit, ein führender Kopf, ein Mann mit warmem Herzen für die Gesamtheit des Volkes und Verständnis für die Nöte namentlich der werktätigen Berufe und ein glänzender Redner! Mumm spricht heute abend 8¼ Uhr im „Thaliasaal" über „Warum deutschnational?"

Einsaßkarten sind in der Geschäftsstelle der „Hallescheen Zeitung", der Lippertschen Buchhandlung und in der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei, Alte Promenade 10, zu haben.

Schwurgericht

Abtreibung — Straßenraub.

In der Sitzung am 28. Juni unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Thorwest wurden als Geschworene ausgelost die Herren Ingenieur Adolf Pringler-Bilschdorf, Gutsbesitzer Hugo Fritsche-Azendorf (Ohmann), Gutsbesitzer Berthold Gaul-Peißen, Gutsbesitzer Ernst Knittel-Bochau, Gutsbesitzer Karl Höschel-Kleinkugel, Handelsvertreter Paul Koch-Halle, Landessekretär Hermann Dedert-Halle, Privatier Waldemar Klein-Halle, Schneider Willi Stubl-Halle, Schlosser Karl Spieß-Halle, Gärtner Alwin Böttcher-Reideburg, Knappschaftssekretär Friedrich Rampenthal-Halle. Die Staatsanwaltschaft vertrat Oberstaatsanwalt Dr. Rasmus-Naumburg, die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Dr. Strasser-Eisleben (für die beiden Eisleberen) und Dr. Schiller-Halle (für Lanatowitz und Gebhardt).

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen zwei Personen aus Eisleben verhandelt, die jedoch freigesprochen wurden.

Der 1888 geborene Kriegsinvalide Wilhelm Lanatowitz und der 1883 geborene Arbeiter Max Gebhardt hatten sich wegen Straßenraubes zu verantworten.

In der Nacht zum Himmelfahrtstage war ein junger Mann noch abends 10 Uhr auf der Wirsellwiese spazieren gegangen. Es begegnete ihm ein kräftiger blonder Mann, der an ihn ein unsittliches Ansinnen stellte, das der Angesprochene aber ablehnte. Als der Blonde „Schuster" rief, kamen noch 4 Männer dazu, zuerst Gebhardt, der den Berauschten von hinten faßte und zu Boden warf. Die anderen halfen dann mit, dem Ueberfallenen Mantel, Jackett, Weste und Schuhe abzuziehen, auch wurde ihm der Hut und 22—25 Mk. Bargeld genommen, so daß ihm nichts anderes übrig blieb, als nur mit Hemd, Hose und Strümpfen bekleidet zur Stadt zu gehen. Ein Ehepaar, das auf die Hilferufe des Ueberfallenen herbeigekommen war, ging schneller zur Stadt und traf bei Pottel an der Ecke zwei Polizeiwachtmeister, denen sie den Vorfall meldeten und die sich auch gleich auf den Weg machten. An der Moritzburg trafen sie schon auf den Ueberfallenen, in der Nähe des Pfälzer Schießgrabens auf zwei Männer, von denen der eine ein Jackett trug, das ihm auf der Wiese von jemandem zugeworfen sein soll. Auch betrunken wollen sie gewesen sein, was nach Zeugenaussagen möglich gewesen sein kann. An dem Ueberfall wollen sie sich aber durchaus nicht beteiligt haben, trotzdem der Beraubte zwei Tage nach dem Ueberfall bei der Gegenüberstellung die beiden Räuber sofort mit Sicherheit wiedererkannt hat. Die drei anderen Männer blieben unermittelt.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach schwerem Raube und schwerer Körperverletzung unter Zubilligung mildernder Umstände, worauf das Gericht Lanatowitz zu 3 Jahren, Gebhardt zu 4 Jahren Gefängnis, jeden außerdem zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilte.

Der Arbeitsmarkt im Monat Mai

stand im Zeichen der Ende April einsetzenden Warentriebe, die sich allmählich in eine Arbeitskrise verwandelte. Wenn das Gesamtbild des Arbeitsmarktes trotzdem nur eine geringe Zunahme der Arbeitslosen aufweist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß Entlassungen größeren Umfanges durch Verkürzung der Arbeitszeit und Einschaltung der tariflichen Ferien vorgebeugt werden konnte und die bisher Entlassenen zum Teil von noch gut beschäftigten Industriezweigen aufgenommen wurden. Erwerbslosenunterstützung bezogen im Regierungsbezirk Magdeburg 2782 Erwerbslose gegenüber 2749 Erwerbslosen des Vormonats, im Regierungsbezirk Merseburg 305 (258) Erwerbslose, im Regierungsbezirk Erfurt 758 (601) Erwerbslose und in Anhalt 9 (2) Erwerbslose.

In der Landwirtschaft bestand große Nachfrage nach ledigen Knechten und Mägden, die nur zum Teil beschafft werden konnten. Der Bedarf an sonstigen landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen wurde durch einheimische Kräfte und Wanderarbeiter restlos gedeckt. Nach Beginn der Gemüseernte setzte auch eine rege Vermittlung von Gartenarbeiterinnen ein. Der gegen Monatsende ausbrechende Landarbeiterstreik in den Kreisen Naumburg-Eisleben, Calbe und Wanzleben wurde beigelegt. Kali- und Kohlenbergbau waren mit ungelernten Arbeitern reichlich versehen. Die Bemühungen, dem Kohlenbergbau die dringend benötigten Häuer zuzuführen, hatten nur teilweise Erfolg. Die Metallindustrie klagte wie im Vormonat über Mangel an Spezialarbeitern. Das Ueberangebot an Schlossern, das dauernd zunahm, bewies aber, daß auch die Metallindustrie, die bisher gut abletzte, von der Wirtschaftskrisis beeinflußt wurde. Die chemische Industrie war so gut beschäftigt, daß während des ganzen Monats Bedarf an Arbeitskräften vorlag. Infolge des Mangels an in- und ausländischen Aufträgen für die Textilindustrie, der auf die hohen Warenpreise zurückzuführen ist, wurden Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen unvermeidlich. Der Arbeitsmangel und damit auch die Arbeitslosigkeit der Papier- bo- und verarbeitenden Gewerbe nahm erheblich zu, weil die ungeheure Preissteigerung des Papiers und die Drosselung zum Buch- und Zeitungsdruck notwendigen Materialien das Eingehen von Zeitungen und Zeitschriften sowie Zurückhalten sonstiger Drucksachen verursachte. Die anhaltende Absatzstockung in der Möbelindustrie brachte Tischler, die im Vormonat nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006301-19/fragment/page=0003

zu finden waren, auf den Arbeitsmarkt. Ebenso wie der Möbelindustrie erging es den Pianofortefabriken, in denen wegen Mangel an Aufträgen zeitweise die Arbeit völlig ausgesetzt wurde. Auch die Kammfabriken, die immer voll arbeiteten, hatten verschlechterten Geschäftsgang. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe bot das gleiche ungünstige Bild wie im April. Während im Vormonat der Bedarf an Schneidern, insbesondere an Maßschneidern, nicht völlig gedeckt werden konnte, gleichen sich jetzt Angebot und Nachfrage aus. Die weitere Preissenkung auf dem Rohhäutemarkt verschärfte die ungünstige Lage der lederverarbeitenden Industrie, insbesondere der Schuhwarenbranche, die zu den Hauptverbraucherquellen in der Provinz Sachsen gehört. Das Baugewerbe berichtet über gute Beschäftigung und großen Bedarf an Maurern und Zimmerern, dem durch zwischenörtliche Vermittlung nicht abzuhelfen war. Die rege Bautätigkeit kam der Baustoffindustrie sehr zugute, die voll arbeitete und zahlreiche Erwerbslose aus arbeitsarmen Berufen aufnahm. Das Handelsgewerbe verlangte abschlußfähige Buchhalter, Stenotypistinnen und Stenotypistinnen. Die Angestelltenvermittlung war lebhaft, weil die Behörden zur Erledigung der Vorarbeiten für die Reichstagswahl Hilfskräfte einstellten und Versicherungsgesellschaften infolge günstiger Konjunktur Personal brauchten. Die Arbeitslosigkeit der Gastwirtsgehilfen nahm zu, weil die Bierpreiserhöhungen der letzten Zeit starken Geschäftsrückgang des Gastwirtsgewerbes mit sich brachten. Der bisher aus den Harzkurorten gemeldete Bedarf an Kellnern und Köchen war über Erwarten gering. Das Ueberangebot ungelernter Arbeiter kann nur durch großzügige Notstandsarbeiten beseitigt werden. Der Mangel an Fabrikarbeit für Arbeiterinnen erhöhte das Angebot für Aufwartetin- und Haushaltungsstellungen, die reichlich vorhanden sind. Ein erfreulicher Erfolg der Lehrstellenvermittlung waren mehrere Vermittlungen in Haushaltslehrstellen.

— **Gedenkfeier in der Städtischen Oberrealschule.** Am Montag, dem Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Schmachfriedens, fand in der Aula der Städtischen Oberrealschule eine Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg gefallenen Schüler der Anstalt statt, an der außer dem Kollegium und den Schülern eine große Zahl Verwandter der gefallenen Helden und der Vorstand des Vereins ehemaliger Oberrealschüler teilnahmen. Die Ehrentafeln der Gefallenen waren stimmungsvoll geschmückt. Der gemeinsam gesungene Choral „Was Gott tut, das ist wohlgetan!" leitete die Feier ein, es folgte die Verlesung des 90. Psalms. Weihevolle Gedichte und Chorgesänge, wie ein Violin- und Harmoniumspiel führten zur Gedenkrede, die Studienrat Rummel hielt. Er gedachte der schweren und doch so großen und stolzen Zeit des Weltkrieges, der begeisterten Hingabe der Jugend und der Opfer der Schule. Nachdem die Namen der 175 für Kaiser und Reich gefallenen, aus der Oberrealschule hervorgegangenen Helden verlesen waren, wurde die Feier mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf die Zukunft des Vaterlandes und dem gemeinsamen Gesange des Vaterlandsliedes „Deutschland, Deutschland über alles" geschlossen. Mitteilungen zur Ergänzung der Gefallenenliste nimmt die Oberrealschule mit Dank entgegen.

— **Neue 50 Pfennigscheine der Stadt Halle** sind soeben ausgegeben worden. Sie haben dieselbe Größe wie die bisherigen Scheine. Die eine Seite zeigt das Stadtwappen und ist in blauem Farbenton gehalten, während die andere Seite in Braun ausgeführt ist und u. a. die Unterschriften „Dive, Seipel" sowie das Datum „Halle, den 1. Mai 1920" trägt. Die neuen Scheine, die ein gefälliges Aussehen haben, werden im Verein mit denen vor einiger Zeit ausgegebenen städtischen Notgeld wesentlich zur Behebung des Kleingeldmangels in unserer Stadt beitragen.

Vereinsnachrichten.

— **Sächsisch-Thüringischer Verein für Erdkunde.** Am Mittwoch abends 8½ Uhr Sitzung im „Kaiser Wilhelm". Vortrag des Herrn Professor Dr Hertzberg über „Die deutsche Arbeit in Südamerika".

— **Deutschnationaler Jugendbund.** Am Freitag, den 2. Juli, nachmittags 4,30 Uhr veranstaltet der Deutschnationale Jugendbund Halle aus Anlaß seines einjährigen Bestehens eine Gründungsfeier in der Saalschloßbrauerei, bei der der Jugendschriftsteller Kurt Diete, Gisleben, die Festrede halten wird. An die Feier schließt sich ein bunter Abend an. Der Eintritt ist nur Mitgliedern gestattet, doch sind Gäste, die durch Mitglieder eingeführt werden, willkommen.

— **Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen (Ortsgruppe Halle).** Donnerstag, den 1. Juli, 8 Uhr abends Mitgliederversammlung der Kriegsbeschädigten-Abteilung. Montag, den 5. Juli, 8 Uhr abends Mitgliederversammlung der Hinterbliebenenabteilung im Versammlungslokal „Wilsdorfs Gesellschaftshaus", Karlstraße 14. Hochwichtige Tagesordnung, daher Erscheinen jedes Mitgliedes Pflicht. Mitgliedskarten sind als Ausweis mitzubringen. Am Dienstag, den 6. Juli, nachmittags von 3½ Uhr ab feiert die Ortsgruppe in der Saalschloßbrauerei ihr diesjähriges Kinderfest. Karten hierzu sind in der Geschäftsstelle, Neue Promenade 3, zu haben.

Familien-Nachrichten

Verlobungen: Anna Zimmermann und Franz Knote. — Anna Biedermann und Willy Franke.

Todesfall: Am 27. Juni Lina Hennig geb. Merten im 27. Lebensjahr.

„H.Z." Sportberichte

Rennen zu Neuß

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

I. Hochwasser-Rennen. 1. Widerstand (Brown), 2. Leutnant, 3. Remlin. Tot.: 16, 13, 14, 29. Ferner liefen: Rosengarten, Ballon, Margrit, Daphne. — **II. Sturm-Jagdrennen.** 1. Trianon (Johnson), 2. Atlantic, 3. Erbfolger. Tot.: 16, 12, 13. Ferner lief: Wag' es. — **III. Dammbruch-Rennen.** 1. Eigenlob (Reiß), 2. Segelfix, 3. Mentor II. Tot.: 102, 35, 77, 81. Ferner liefen: Eichsfeld, Armin, Sausewind, Ladislaus, Mercantil, Tolmein. — **IV. Ueberschwemmungs-Jagdrennen.** 1. Holtenstein (Kohnke), 2. Sieglinde, 3. Hilbur. Tot.: 17, 12, 13. Ferner lief: Applaus. — **V. Wasserno-Jagdrennen.** 1. Courier (Kohnke), 2. Esmeralde, 3. Drauflgänger II. Tot.: 31, 19, 16. Ferner lief: Timol. — **VI. Reitungs-Ausgleich.** 1. Ahnung (Rühl), 2. Raubschütz, 3. Maas. Tot.: 84, 15, 21, 17. Ferner liefen: Landratte, Kofel, Cassierer, Elegant Siegbert. — **VII. Wiederaufbau-Ausgleich.** 1. Wag' es (Theilemann), 2. Pumpelmuse, 3. Kürassier. Tot.: 88, 24, 15, 16. Ferner liefen: Dux, Carlchen, Rottalmünster, Thymian.

*

— **Amtliche Mitteilungen des Saalegaues.** Am Donnerstag, den 1. Juli 1920, abends 7 Uhr findet im „Marx-la-Tour", Gr. Ulrichstraße, ein Gautag statt. Tagesordnung: 1. Anwesenheitsliste, 2. Sitzungsbericht, 3. Klasseneinteilung, 4. Verschiedenes. Anträge sind bis spätestens Mittwoch, den 30. Juni 1920, an Arthur Stoye, Halle a. S., Mittelstraße 20 pt., zu richten. Das Erscheinen aller Gauvereine ist unbedingt erforderlich.

— **Nationales Sportfest des Vereins für Leibesübungen Halle 96.** Das Nationale Sportfest des V. f. L. ist vom 11. auf den 25. Juli verlegt. Meldeschluß ist der 15. bzw. für Nachmeldungen der 19. Juli. Ausschreibungen können von Kurt Lehmann, Gellertstr. 18, angefordert werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Der Ruhrbergbau über die heutige Wirtschaftspolitik und die Sozialisierungspläne

Ordentliche Hauptversammlung des Bergbau-Vereins und des Zechenverbandes.

* In der gestern abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung des Bergbauvereins und des Zechenverbandes, die vom 1. Vorsitzenden, Geh. Finanzrat Dr. Hugenberg, geleitet wurde, erstattete der Geschäftsführer, Bergassessor v. Loewenstein, den Geschäftsbericht, mit dem zunächst ein Ueberblick über die wirtschaftlichen und Verkehrsverhältnisse gegeben wurde. An der vom Reichswirtschaftsministerium betriebenen Wirtschaftspolitik und an der heutigen Gesetzesmacherei wurde scharfe Kritik geübt. Wer an die Zeiten vor Ausbruch des Krieges zurückdenke und sich vergegenwärtige, wie jedes Gesetz als ein neuer, dem Staatsbau einzufügender Stein von all den zahlreichen mitschaffenden Händen sorgfältig auf seine Güte und Tauglichkeit geprüft worden sei, dem erfasse ein Schauder vor der Leichtfertigkeit, mit der heute die Gesetze wahl- und gedankenlos zusammengetragen und in ihrer mangelhaften Beschaffenheit aufeinander geschichtet würden. Als der Gipfel oberflächlicher Gesetzesmacherei wurde der Uebergang der Eisenbahn auf das Reich bezeichnet. Wie der Zwang der Erwirtschaftung der damit dem Reiche aufgebürdeten neuen Schuldenlast und ihrer Abtragung wirken werde, sei angesichts des schon vorhandenen riesenhaften Defizits im Etat der Eisenbahnen gar nicht abzusehen. Jedenfalls seien die Aussichten, die sich auf diesem Gebiete des Wirtschaftslebens eröffneten, so trostlos wie nur möglich.

Bei der Forderung nach der Sozialisierung des Steinkohlenbergbaues seien die treibenden Gründe nach wie vor politischer Natur. Sobald man die Dinge wirtschaftlich erfasse und sich den vernünftigen Standpunkt stelle, daß die Sozialisierung doch einen Nutzen für das gesamte Volk bringen solle, müsten sich schnell die Nebel all der trügerischen Vorstellungen. Die von Walter Rathenau der Sozialisierungs-Kommission vorgelegten Richtlinien seien nur so verständlich, wenn sie als Blitzableiter für die seiner eigenen Industrie drohende Gefahr angesehen würden. Für Rathenau scheine Zeit gewonnen, alles gewonnen zu sein. Als weitblickender Großindustrieller sehe er wohl selbst den dem Bergbau im Falle seiner Sozialisierung drohenden Rückgang voraus und rechne damit, daß den jetzigen Anhängern der Sozialisierung nach sicherlich nicht ausbleibender Enttäuschung die Lust an weiteren Experimenten auf anderen Gebieten, namentlich auf dem der Elektrizitätsindustrie, vergehen werde.

Zur Arbeitsgemeinschaft wurde ausgeführt, daß man es an dem guten Willen zu positiver Mitarbeit nicht habe fehlen lassen. Bedauerlich sei nur, daß die politische Spaltung der Arbeiterschaft zu sehr auf das gewerkschaftliche Gebiet übergegriffen habe. Hoffentlich werde bald die Einsicht siegen, daß nur unpolitische Gewerkschaften zur Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft berufen seien. Nur dann würden sich auch die Erwartungen erfüllen, die sich an den in Vorbereitung befindlichen Reichswirtschaftsrat knüpften.

Auf dem Gebiete des Verkehrswesens wurde die Kanalisierung des Mittellandkanals begrüßt und der Freude Ausdruck gegeben, daß sich auch der Landeswasserstraßenbeirat wie fast alle Wasserstraßenbeiräte für die Mittellinie ausgesprochen habe. Hoffentlich werde sich nunmehr auch die preußische Landesversammlung dem Votum des Landeswasserstraßenbeirats in aller Kürze anschließen, damit das Werk, dessen Vollendung keinen Aufschub dulde, möglichst bald in Angriff genommen werden könne.

* **Zuckerfabrik Stößen.** In der am 26. d. M. stattgefundenen Hauptversammlung der Teilhaber der Stößener Zuckerfabrik wurde an Stelle des vor kurzem verstorbenen Direktors Schrader der frühere Direktor der Zuckerfabrik Znim (Prov. Posen) Theodor Otto, zurzeit in Naumburg, zum technischen und landwirtschaftlichen Leiter des Betriebes gewählt. — Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Gutsbesitzer Bardenwerper-Lissen, Schumann-Droitzen und M. Körner-Stößen, letzterer als Vorsitzender. Für die Firma zeichnet außerdem noch mit der Prokurist Ernst Kormann-Stößen.

Rositzer Zuckerraffinerie. In der Aufsichtsrats-Sitzung der Gesellschaft wurde die Halbjahrsbilanz vorgelegt. Soweit es sich schon jetzt übersehen läßt, ist auch für das Geschäftsjahr 1919/20 trotz der durch Rohzuckermangel unvermeidlich gewordenen größeren Betriebspause auf eine befriedigende Resultat zu rechnen.

Bereitstellung von Druschkohlen. Um ein möglichst schnelles Ausdreschen der diesjährigen Ernte zu ermöglichen, hat die Badische Landwirtschaftskammer an das Reichsernährungsministerium eine Eingabe gerichtet, worin sie dringend um rechtzeitige Belieferung der Gemeinden, Gutshöfe und Dreschmaschinenbesitzer mit Druschkohlen ersucht. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung teilt nun in einem Schreiben mit, daß von der dortigen Stelle aus alle Vorkehrungen getroffen werden, um diesem Wunsche nachzukommen, so daß die Hoffnung besteht, daß eine rechtzeitige Belieferung mit Druschkohlen in diesem Jahre erfolgen wird. Es dürfte noch Aufgabe der einzelnen Kommunalverbände sein, mit größtem Nachdruck dafür zu sorgen, daß die Anweisungen des Reichskommissars auch durchgeführt werden.

Richtlinien für ein Handelsdüngergesetz. In Bayern sind noch Einvernehmen der Behörden mit den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen und des Handels vorläufige Richtlinien für ein Handelsdüngergesetz aufgestellt worden. Der Zweck des Gesetzes soll sein, den Verkehr mit Handelsdünger und ähnlichen Stoffen dem Erzeuger bis zum Verbraucher insoweit zu regeln, als dies zur Bewahrung des Verbrauchers zur Täuschung und Schädigung nötig ist.

Kaufmännische Organisation der sächsischen Staatsbetriebe. Die sächsische Regierung bereitet einen Gesetzentwurf vor, worin die werbenden Anlagen des Staates vollständig auf kaufmännische Grundlage gestellt und von bureaukratischen Fesseln freigemacht werden sollen. Auf diese Weise hofft man die staatlichen Unternehmungen zu vollster Ausnutzung zu bringen und erhebliche Ueberschüsse aus ihnen zu gewinnen.

Zusammenschluß der deutschen Sägewerke. Für die gesamte deutsche Sägewerksindustrie soll auf einer Tagung der Vereine deutscher Sägewerksbesitzer am 3. Juli in Erfurt ein Verband gegründet werden, welcher die Ein- und Verkaufspreise sowie Lieferungsbedingungen einheitlich regelt.

Werkzeugmaschinen-Fabrik vormals W. von Pittler A.-G., Waren bei Leipzig. Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals um 3,5 auf 6,6 Millionen Mark.

Bei dem Rheinischen Braunkohlenbriketts-Syndikat betrug in 1919/20 die Rohbraunkohlen-Förderung 25 225 881 (i. V. 25 704 250) To., die Brikettherstellung 5 759 621 (5 966 784) To. Demnach eine die Kohlenförderung unter die Förderung des Jahres 1918/19 zurück, und die Brikettherstellung sank sogar unter diejenige des Jahres 1915/16. Im allgemeinen blieb die rheinische Braunkohlenindustrie von den schweren Erschütterungen, welche die Bergbaugebiete des unbesetzten Deutschlands heimsuchten, verschont. Erst ab Ende Mai 1919 wurden geringe Mengen zur Lieferung ins unbesetzte Gebiet freigegeben. Der Gesamtumsatz betrug 5 454 382 (5 809 809) Tonnen, davon Industrie 2 204 484 (2 170 508) To., und Hausbrand 3 249 898 (3 639 301) Tonnen.

Kraftwerk Sachsen-Thüringen A.-G. Die Gesellschaft, die zum Verband der Thüringischen Gasgesellschaft gehört, kaufte das Elektrizitätswerk Klosterlausnitz.

Wilhelms in Magdeburg Allgemeine Versicherungs-A.-G. Die Generalversammlung beschloß, nachdem die Anregung eines Aktionärs, die gleich hohe Dividende wie im Vorjahre zu zahlen, abgelehnt worden war, die Ausschüttung einer Dividende von 28½ Proz. (gegen 85 Proz. i. V.). Ueber den Verlauf des neuen Geschäftsjahres wurde von der Direktion mitgeteilt, daß die Verwaltungskosten sich durch die starke Erhöhung der Gehälter weiter bedeutend gesteigert hätten. Das Geschäft habe sich sehr gut entwickelt. Die recht beträchtlichen Zahlen des Vorjahres sind in diesem Jahre bisher reichlich übertroffen worden.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Auf der Börse herrschte auf den meisten Umsatzgebieten eine kaum noch zu überbietende Geschäftsstille. Die Kurse zeigten keine großen Veränderungen, vielfach waren sie nominell. Am Montanmarkt überwogen Abschwächungen bis zu 5 Prozent. Von Schiffahrtsaktien gaben Argo weiter nach, nämlich um 29 Prozent, während Hansa sich um 6 Prozent höher stellte. Lebhafte Umsätze erfolgten wieder in Petroleumwerten unter Bevorzugung von Deutschen Erdöl-Aktien, die den Kurs von 1100 streiften. Deutsche Petroleum-Aktien wurden zu 755 umgesetzt, sonst ist noch die Steigerung von Gebrüder Böhler-Aktien um 18 Prozent bei lebhaften Meinungskäufen hervorzuheben. Valutapapiere wurden im Zusammenhang mit einem mäßigen Anziehen der Devisenkurse höher bewertet. Mexikanische Anleihen gewannen 6 Prozent. Von Kolonialpapieren zogen Neu-Guinea und Otavi an. Auch Sloman wurde zu höheren Kursen gekauft. Am Anlagemarkt stellten sich preußische Anleihen zum Teil etwas niedriger. Das Geschäft blieb darin aber sehr still.

Produktenbericht. Hafer zeigte auch heute bei zurückhaltendem Angebot feste Haltung. Erbsen waren mehr befragt, teilweise lauteten die Preisforderungen über Notiz. Neue Viktoriaerbsen blieben auf spätere Lieferung angeboten. Peluschken und Ackerbohnen waren ruhig. Für Wicken trat vereinzelte Nachfrage ein. Von Lupinen waren feine Saatqualitäten in gelber und blauer Farbe sehr begehrt. Heu war ruhig. Stroh hatte ruhigeres Geschäft, Weizen schön.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 29. Juni. Preise für 1000 kg in Mark.			
Raffinadekupfer	1025/1050	Banca-Straits-Zinn	—
Elektrolytkupfer	1565	Zinn	3900/4000
Orig.-Hütten-Weichblei	425/450	99% Hütten-Zinn	—
Remelting-Platten-Zink	540/540	99% Rein-Nickel	3800/3800
Hütten-Rohzink	325	Antimon-Regulus	750
Orig.-Hütten-Aluminium	2100		

Devisen-Notierungen:

	Geld	Brief		Berlin, 29. Juni. Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	1346,15	1348,85	New-York	37,70	37,80
Brüssel-Antwerp.	328,65	329,35	Norwegen	313,70	314,30
Christiania	626,85	628,15	Schweiz	689,30	690,70
Kopenhagen	611,85	613,95	Spanien	626,80	628,15
Stockholm	841,65	843,35	Wien (alles)	20,22	20,28
Helsingfors	167,80	168,20	Oesterreich abgest.	26,02	26,08
Italien	231,35	231,75	Prag	87,15	87,35
London	150,10	150,40	Budapest	25,22	24,28

Haferpreisnotierungen:

Berlin, 29. Juni. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Mark	
loko ab Speicher frei Wagen — loko ab Bahn —	Mark
sofortige Abladung ab Abladestationen 2160—2300	Mark. Tendenz: fest.

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte			
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74,80	Deutsche Uebersee-El	795.—
5% Deutsche Reichsanl.	79,70	Deutsche Erdöl	1100,—
4,— " "	72,90	Deutsche Gasglühl.	1000,—
3½ " "	64,80	Deutsche Kali	407,—
3 " "	53,20	Deutsche Waff. u. Mun.	331,50
4 Preuss. Konsols	70,60	Donnersmarckhütte	239,—
2½ " "	60,60	Dörnhof u. Lehrmann	142,75
3 " "	58,35	Dürkoppwerke	434,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	92,50	Elberfelder Farben	367,—
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	97,—	Engelhard Brauerei	—
6% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	—,—	Felten u. Guilleaume	405,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	99,—	Gasmotoren Deutz	170,50
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	99,50	Gebhardt u. Co.	—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—	Gebhardt u. König	215,—
4 " "	96,90	Gelsenkirch. Bergb.	264,—
Ausländ. Werte		Glauziger Zuckerfbr.	410,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	26,25	Hallesche Masch.-Fabr.	441,—
4 Ungar. Gold-Rente	55,—	Hann. Masch.	321,50
4 Ungar. Kronen-Rente	26,60	Harpener Berg	262,—
Eisenbahn-Aktien:		Hasper Eisen	576,—
Halberstadt-Blankenb.	80,—	Hirsch Kupfer	247,—
Halle-Hettstedter	68,—	Höchster Farbw.	347,—
Schantungbahn	622,—	Hosch Eisen u. Stahl	325,—
Allg. Lokal-Str	—	Hohenlohe-Werke	162,—
Gr. Berl. Str.	136,—	Humboldt-Masch.	296,—
Magdeburger Str.-B.	145,—	Ilse-Bergbau	315,—
Lux. Prinz Heinrich-B.	420,—	Kahla-Porzellan	234,—
Orientbahn	179,—	Kaliw. Aschersleben	352,—
Schiffahrts-Akt.:		Köthid. Zucker-Akt	281,—
Hambg. Paketfahrt	180½	Kyffhäuserhütte	162,25
Hambg.-Südamerika	231,25	Lahmeyer u. Co.	169,75
Hansa-Dampfschiff	324,75	Lauchhammer	276,—
Nordd. Lloyd	175,25	Laurahütte	195,75
Banken:		Lingel, Erfurt	—
Bank für Thür.	155,—	Linke u. Hofmann	306,—
Berl. Handelsges.	213,—	Ludwig Loewe u. Co.	260,—
Comm u. Diskontobank	167,—	Lothringer Hütte	266,—
Darmstädter Bank	155,—	Mannesmannröhren	254,—
Deos. Landesbank	—	Maschinenfabr. Buckau	225,—
Deutsche Bank	271,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	180,½
Diskonto-Comm.	206,½	do. Caro Heg.	330,50
Dresdner Bank	172,½	do. Kokswerke	410,—
Credit-Anst. Leipzig	152,25	Orenstein u. Koppel	241,—
Mitteld. Kreditbank	145,—	Phönix-Bergb.	307,—
Privat-Bank	—	Rhein. Metall-Verz.	301,—
Nationalbank	146,25	Rhein. Stahlwaren	310,50
Oesterr. Kredit	92,50	Riebeck. Montan	271,—
Reichsbank	149 ½	Rombacher Hütten	246,50
Industrie-Aktien:		Rositzer Brankt.	310,—
Schultheiss Brauerei	239,—	Rositzer Zucker	135,—
A. f. Anilin	326,50	Sangerhäuser Masch.	412,—
Allgem. Elektr.-Ges.	271,50	Schönfeld u. Co.	227,—
Ammendorfer Papierf.	57,—	Schuckert u. Co.	168,—
Anhalt Kohlenwerk	201,—	Siemens u. Halske	322,25
Annaberger Steingut	32,—	Stettiner Chamotte	290,—
Badische Anilin	478,—	Stettiner Vulkan	20,—
Bergmann-Elektr.-Akt.	262,—	Stollberger Zink	240,—
Berl. Masch.-Bau	215,—	Strals. Spielkarten	389,—
Bismarckhütte	450,50	„Teves", Samen-A.-G	—
Bochumer Gußstahl	250,—	Thale-Eisenhütte	329,50
Chem. Fabrik Buckau	376,—	Triptis-Akt.-Ges.	108,50
Chem. Griesheim	290,—	Türkisch Tabakregie	—
Chem. Heyden	297,—	Ver. Köln-Rottweiler	249,50
Consolidation Schalke	905,—	Ver. Seidenwerke	910,—
Cröllwitzer Papierfabr	201,—	Wegelin u. Hübner	145,—
Daimler-Motoren	203,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—
Deutsch-Luxemburg	268,20	Westeregeln-Alkali	269,50
		Wittener Gußstahl	915,—
		Wrede-Mälzerei	146,50
		Zeitzer Masch.	—
		Zellstoff Waldhof	298,—
		Otavi-Minen	762,—

Tendenz: unregelmässig

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Handel: Hans Hettling; für den sonstigen redaktionellen Teil: Erich Seelheim. Anzeigenteil: Paul Sersten, sämtlich in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192006301-19/fragment/page=0004